

Soziale Bewegungen und gewerkschaftliche Erneuerung in Spanien

Köhler, Holm-Detlev; Calleja Jiménez, José Pablo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köhler, H.-D., & Calleja Jiménez, J. P. (2018). Soziale Bewegungen und gewerkschaftliche Erneuerung in Spanien. *Industrielle Beziehungen : Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, 25(2), 147-165. <https://doi.org/10.3224/indbez.v25i2.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Holm-Detlev Köhler^{*}, *José Pablo Calleja Jiménez*^{**}

Soziale Bewegungen und gewerkschaftliche Erneuerung in Spanien^{***}

Zusammenfassung

Die spanischen Gewerkschaften erleiden einen kontinuierlichen Verlust an Mitgliedern und gesellschaftlichem Einfluss. Gleichzeitig haben neue soziale Bewegungen die Rolle des sozialen Protests und der politischen Opposition übernommen. Der vorliegende Beitrag untersucht die Wirkungen und Möglichkeiten von Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Kontext der Debatten um gewerkschaftliche Erneuerung und Bewegungsgewerkschaften. Unter Rückgriff auf den Machtressourcenansatz werden die Chancen und Dilemmata einer verstärkten Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften im Kontext der lang anhaltenden Wirtschaftskrise in Spanien ausgelotet. Aus gewerkschaftlicher Sicht repräsentieren die neuen Protestbewegungen gleichzeitig eine Konkurrenz und Bedrohung sowie eine Chance zur Erneuerung durch die Mobilisierung neuer komplementärer Machtressourcen.

Schlagwörter: Gewerkschaften in Spanien, Gewerkschaftliche Erneuerung, Soziale Bewegungsgewerkschaft, Machtressourcen

Social movements and trade union revitalization in Spain

Abstract

Spanish trade unions continue to suffer a continuous loss of membership and social influence. At the same time, new social movements have taken up the mantle of social protest and political opposition. This paper examines the effects and possibilities of alliances between trade unions and these new social movements in the context of the debates surrounding trade union revitalization and social movement unionism. In the context of the ongoing economic crisis in Spain, the paper applies the power resources approach to explore opportunities and dilemmas of increased cooperation between social movements and trade unions. From a trade union point of view, the new protest movements represent

* Prof. Dr. Holm-Detlev Köhler, Professor für Soziologie an der Universität von Oviedo, Campus del Cristo, 33006 Oviedo, Spanien. E-Mail: hkohler@uniovi.es

** Prof. Dr. José Pablo Calleja Jiménez, Professor für Soziologie und Sozialarbeit an der Universität von Oviedo, Área de Trabajo Social y Servicios Sociales, Facultad "Jovellanos", 33203 Gijón (Asturias), Spanien. E-mail: josepablo@uniovi.es

*** Artikel eingegangen: 29.8.2017, revidierte Fassung akzeptiert nach doppelt-blindem Begutachtungsverfahren: 12.3.2018

on the one hand competition and threat but on the other hand an opportunity for renewal by mobilizing new complementary power resources.

Key words: trade union revitalization, social movement unionism, Spain, power resources (JEL: H12, J50, J51, J52)

Einführung

Die Krise der Gewerkschaften und deren Verhältnis zu den nicht mehr ganz so "neuen" sozialen Bewegungen ist seit Jahrzehnten ein Dauerthema der Sozialwissenschaften. Seit den 1990er Jahren ist dazu aus den angelsächsischen Ländern die Debatte um die strategische Erneuerung der Gewerkschaften (Trade Union Revitalization Studies) gestoßen. Dabei spielt das Konzept der sozialen Bewegungsgewerkschaft (Social Movement Unionism), d.h. die Rückbesinnung der Gewerkschaften auf ihren Ursprung als soziale Bewegung und die Suche nach Allianzen und nachhaltigen Kooperationsformen mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen, eine zentrale Rolle. Die aktuellen Schwierigkeiten der spanischen Gewerkschaften, effektive Antworten auf die Herausforderungen der neoliberalen Krisenpolitik seit dem Ausbruch des lang anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs zu finden, und das gleichzeitige Aufleben neuer sozialer Protestbewegungen unabhängig von den Gewerkschaften haben diese Debatte nach Spanien gebracht.

Der vorliegende Beitrag beruht auf den Ergebnissen eines längeren Forschungsprojektes zu Revitalisierungsstrategien der spanischen Gewerkschaften (Calleja Jiménez, 2016)¹ und untersucht unter Rückgriff auf den Machtressourcenansatz die Chancen und Erneuerungspotentiale möglicher Allianzen zwischen den Gewerkschaften und den verschiedenen Strömungen der neuen sozialen Protestbewegungen in der Nachfolge der „Indignados“ (Empört Euch)-Bewegung des 15.-Mai 2011. Dazu wird zuerst ein kurzer Überblick über die Situation der spanischen Gewerkschaften gegeben. Im Anschluss werden der Machtressourcenansatz und das Konzept des Social Movement Unionism vorgestellt und auf unseren Untersuchungsgegenstand zugeschnitten. Im folgenden zentralen Teil des Artikels werden die verschiedenen aktiven sozialen Protestgruppen auf ihr Potential für eine Allianz mit den Gewerkschaften und die darin steckenden Möglichkeiten für die Mobilisierung zusätzlicher gewerkschaftlicher Machtressourcen hin untersucht. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Ausblick auf Chancen und Widerstände eines Social Movement Unionism in Spanien.

Die spanischen Gewerkschaften

Gewerkschaften und industrielle Beziehungen in Spanien sind im Wesentlichen das Resultat einer demokratischen Neugründung im Verlauf des Übergangs von der Diktatur zur

1 Im Rahmen dieses Forschungsprojektes haben wir 42 Interviews mit insgesamt 48 Gewerkschaftsvertretern und -vertreterinnen der verschiedenen Organisationsebenen (Industrieverband, Dachverband, lokal, regional, national) und zusätzlich mit einigen Experten, Expertinnen und Mitgliedern von Bürgerinitiativen durchgeführt. 28 der 42 Interviews fielen auf die beiden Mehrheitsgewerkschaften CCOO und UGT.

Demokratie in den 1970er Jahren. Die sozialistische UGT (Unión General de Trabajadores) hatte die Diktatur im Exil überlebt und erlangte mit politischer Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie schnell wieder eine dominante Position. Die zweite historische Gewerkschaft, die anarchosyndikalistische CNT (Confederación Nacional del Trabajo), kehrte dagegen sehr geschwächt und ohne politische Unterstützung aus dem 40-jährigen Exil zurück. Auf der anderen Seite hatten sich mit dem Aufkommen einer demokratischen Untergrundbewegung in den 1960er Jahren neue klandestine Gewerkschaften im Inland gegründet. Dazu gehörten vor allem die kommunistische CCOO (Comisiones Obreras) und die christlich-soziale USO (Unión Sindical Obrera). In dem heftigen Konkurrenzkampf der ersten Jahre nach der Legalisierung der Gewerkschaften (1977) setzten sich schließlich UGT und CCOO als hegemoniale Gewerkschaftsverbände durch (Köhler, 1993). Neben diesen spanischen Gewerkschaftsbünden existieren im Baskenland (ELA und LAB) und in Galizien (CIG) starke regionalistisch-nationalistische Gewerkschaften, während sich in Katalonien trotz einer starken nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung die nationalen Bünde UGT und CCOO in ihrer Vormachtstellung behaupten konnten. Dazu trug vor allem die relative Autonomie der regionalen Verbände bei, welche die katalanisch gesinnten Beschäftigtengruppen weitgehend integrieren konnten.

Die Konzentration der überwältigenden Vielfalt gewerkschaftlicher Organisationen auf diese wenigen repräsentativen Verbände in den ersten Jahren des demokratischen Übergangs ist wesentlich einer Politik der demokratischen Stabilisierung und Regierbarkeit geschuldet, die mit dem Gewerkschaftsgesetz von 1985 ein Repräsentativitätskriterium fest schrieb, welches den Gewerkschaften mit mehr als 10% der Betriebsratssitze ein faktisches Repräsentationsmonopol zuteilte. Das seitdem konsolidierte Gewerkschaftssystem ist durch einen relativ niedrigen Organisationsgrad mit 17-18% der Lohnabhängigen gekennzeichnet, die sich vor allem im öffentlichen Dienst, den traditionellen Industriesektoren und den Banken konzentrieren, wo stabile Arbeitsbedingungen bestehen. Etwa die Hälfte der Beschäftigten beteiligt sich an den alle vier Jahre durchgeführten Betriebsratswahlen, auf die in allen Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten ein Recht besteht. Die in Spanien extrem hohe Anzahl von Mikro-Unternehmen mit weniger als sechs Beschäftigten fällt aus dieser Vertretungsstruktur heraus, eine von den Gewerkschaften seit vielen Jahren angeprangerte gesetzliche Lücke. Das starke Gewicht der gewählten Vertretungen bei relativ geringem Mitgliederstand hat viele Autoren und Autorinnen dazu veranlasst, in Spanien von Wähler- statt Mitgliederorganisationen zu sprechen (Torrecilla, 1990; Valverde, 1991). Die automatische Allgemeinverbindlichkeit (erga omnes) von Tarifverträgen gewährleistet, dass ca. drei Viertel der spanischen Beschäftigten unter Tarifbedingungen arbeiten. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften auf allen Ebenen in die politische Konzertierung und Aufsicht wichtiger sozialpolitischer Institutionen (Arbeitsämter, Sozialversicherungen) einbezogen.

Die spanischen Gewerkschaften sind dadurch von Beginn an auf institutionelle Machtressourcen orientiert, da die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur den Aufbau organisatorischer und struktureller Machtressourcen erschwert. Die institutionelle Machtbasis beruht auf drei wesentlichen Elementen: den Betriebsratswahlen, den flächendeckenden Branchentarifverhandlungen und der politischen Konzertierung. Rigby und García Calavia (2017) haben diese institutionellen Machtressourcen Durkheimische Institutionen genannt. Wolfgang Streeck (2009) unterschied Durkheimische Institutionen von Williamsonschen Institu-

tionen. Erstere beruhen nicht auf Eigeninteressen, sondern auf einem gesellschaftlichen Konsens, der durch Regierungen und oft auch durch die Verfassung gesichert wird. Letztere dagegen stützen sich auf die Marktmacht und Stärke der Verbände. Die gesetzlichen Vertretungs- und Verhandlungskompetenzen verleihen den spanischen Gewerkschaften eine marktunabhängigere Stabilität, auf die sie sich lange verlassen konnten.

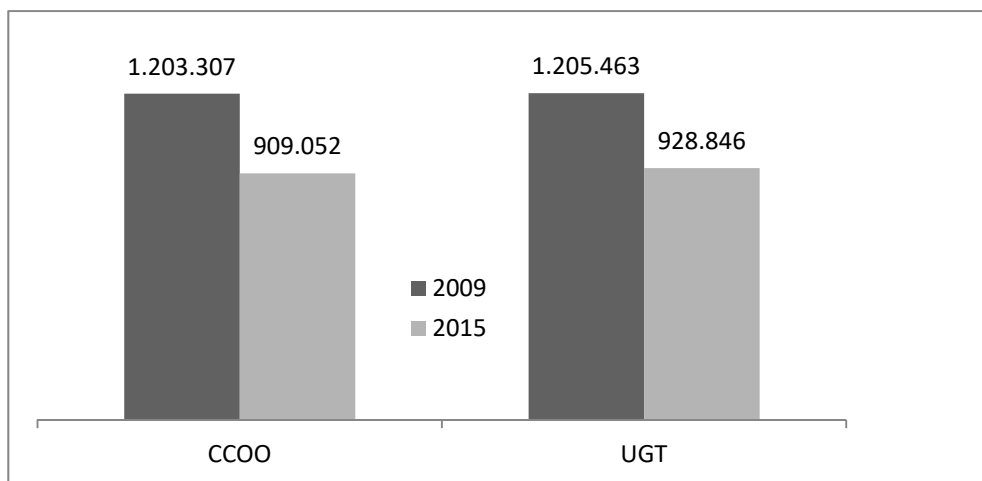
Die Entwicklung der spanischen Gewerkschaften seit der Demokratisierung kann grob in drei Perioden unterteilt werden. Seit dem Ende der nationalen Sozialpakete zur Konsolidierung des demokratischen Übergangs (1977-1984) bis zur Mitte der 1990er Jahre waren politische Konzertierung und institutionelle Beteiligung nur schwach konsolidiert, und der gewerkschaftliche Einfluss erfolgte eher indirekt über öffentlichen Druck und soziale Mobilisierung. In der darauffolgenden Periode bis zum Ausbruch der Krise 2008 waren die Gewerkschaften sowohl unter den konservativen Volkspartei- (Partido Popular 1996-2004) als auch unter den sozialistischen Regierungen (Partido Socialista Obrero Español 2004-2011) stark in konzertierte Aktionen und tripartistische Verhandlungsrunden eingebunden. Dadurch wurden sie zu einem politischen Stabilitätsfaktor und konnten ihre institutionellen Machtressourcen ausbauen. Diese institutionelle Machtbasis wurde im Verlauf der neoliberalen Krisenbewältigungspolitik stark ausgehöhlt, insofern die Gewerkschaften weder die empfindlichen Sozial- und Rentenkürzungen verhindern konnten noch von der Regierung mehr als ernstzunehmender Verhandlungspartner wahrgenommen wurden. In einigen Fällen wurden sie direkt geschwächt, indem ihnen öffentliche Gelder gestrichen und Freistellungsregelungen für Betriebsräte reduziert wurden. Darüber hinaus erleiden die Gewerkschaften eine Legitimitätskrise in der spanischen Öffentlichkeit, die sie aufgrund ihrer langjährigen institutionellen Beteiligung für die verfehlte Politik in den spekulativen Immobilienboomjahren (1993-2007) und die überall grassierende Korruption mitverantwortlich macht. Dass es trotzdem immer wieder zu sporadischen Abkommen mit der Regierung bspw. über eine Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose (2014) oder die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (2017) kommt, wird von Analysten als „Schlagzeilen-Konzertierung“ (Avdagic, Rhodes, & Visser, 2005, S. 8), „Krisenkorporatismus“ (Urban, 2012, S. 229) oder „fragmentierte symbolische Kooperation“ (Huke & Tietje, 2014) interpretiert. In einer Defensivhaltung wird versucht, die Verluste so gering wie möglich zu halten und institutionelle Positionen für den lang ersehnten Aufschwung zu retten.

Der Niedergang von gewerkschaftlicher Macht und Einfluss ist ein globales und europäisches Phänomen mit zahlreichen externen und internen Gründen (Gumbrell-McCormick & Hyman, 2013; Lehndorff, Dribbusch, & Schulten, 2017). Zu ersteren zählen die Folgen der ökonomischen Globalisierung, der wirtschaftliche Strukturwandel, die neoliberale Hegemonie in der Politik und den öffentlichen Diskursen, die Individualisierung und der Verlust der Arbeiterklassenidentität sowie die Prekarisierung der Arbeitsmärkte. Intern sind die Gewerkschaften oft durch bürokratische Prozesse und Rituale (Beschlusslage, Sitzungen, Antragsverfahren, Gremien, Wahlen, Kongresse) geprägt, die es ihnen nicht erlauben, effektiv und flexibel auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Der Mangel an einer effektiven Widerstandsstrategie setzt eine Abwärtsspirale gewerkschaftlicher Schwächung in Gang (Turner, 2004, S. 5), in der es zur Abwanderung enttäuschter Mitglieder und fortschreitender Machtverschiebung zugunsten des Kapitals und den diesem wohlgesonnenen Regierungen kommt. Diesem nachhaltigen Trend zur Schwächung der Gewerkschaften in

Betrieb und Gesellschaft kann gemäß den Studien zur Revitalisierung der Gewerkschaften allein durch eine gezielte strategische Erneuerung begegnet werden. Diese bestünde in einer koordinierten Mobilisierung verschiedener Machtressourcen, die in einem kumulativen Prozess zu einer Wiedererstarkung der erneuerten gewerkschaftlichen Organisationen führten (Calleja, 2016).

Die Notwendigkeit einer strategischen Erneuerung für die spanischen Gewerkschaften zeigt sich zuallererst in rückläufigen Mitgliedszahlen. Nach inoffiziellen Angaben haben die beiden großen Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Krise ca. ein Fünftel ihrer Mitgliedschaft eingebüßt (Abbildung 1). Das staatliche Meinungsforschungsinstitut CIS (Centro de Investigaciones Sociológicas) bestätigt zudem in regelmäßigen Umfragen den Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Bevölkerung, die den Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam mit den politischen Parteien die niedrigsten Werte bei der Wertschätzung gesellschaftlicher Institutionen zuteilt (CIS, 2015). Die Präsenz der Gewerkschaften reduziert sich immer stärker auf wenige Sektoren mit traditionell hohem Organisationsgrad, während sich ein wachsender Teil prekärer, jugendlicher Beschäftigter und Arbeitsloser nicht von den Gewerkschaften vertreten fühlt und seine sozialen Forderungen und Proteste viel stärker in den neuen sozialen Bewegungen ausdrückt (Antón, 2007; López Calle, 2007). Diejenigen, die gewerkschaftliche Unterstützung in den prekären Arbeitsmarktsegmenten am nötigsten hätten, sind kaum gewerkschaftlich organisiert und vertreten.

Abbildung 1: Veränderung der Mitgliedszahlen von CCOO und UGT 2009-2015



Quelle: Expansión (7.3.2016) auf Basis von Angaben der Dachverbände

Zusammenfassend befinden sich die spanischen Gewerkschaften vor der Notwendigkeit einer strategischen Reorientierung und Erneuerung, da sich ihre traditionellen Machtinstrumente wie die punktuelle Mobilisierung in Generalstreiks und Demonstrationen und die politische Konzertierung zunehmend als stumpf und wirkungslos erweisen; eine Tendenz, die sich auch in anderen Mittelmeerländern beobachten lässt (Lehndorff et al., 2017). Die Generalstreiks gegen die sozialen Kürzungen und die Arbeitsmarktreformen 2010 und 2012

hatten keinen spürbaren Einfluss auf die neoliberale Krisenpolitik. Vertrauensverlust und Distanz zur Bevölkerung und Arbeiterschaft sind Ausdruck der gewerkschaftlichen Krise. Auf der anderen Seite haben sich neue soziale Bewegungen zum Sprachrohr der sozialen Proteste entwickelt und spürbare politische Erfolge inkl. des Aufbrechens des verkrusteten Zwei-Parteien-Systems in Form der neuen Protestpartei Podemos (Wir Können) erzielt. Im Folgenden analysieren wir die Chancen einer gewerkschaftlichen Erneuerung durch eine Zusammenarbeit mit den neuen sozialen Protestbewegungen. Dazu greifen wir auf die theoretischen Debatten der sog. Labor Revitalization Studies (Frege & Kelly, 2004; Hälker & Vellay, 2007) und den Machtressourcenansatz (Gumbrell-McCormick & Hyman, 2013) zurück.

Gewerkschaften als soziale Bewegung

Seit Beginn der Debatten über Strategien der gewerkschaftlichen Erneuerung wird argumentiert, dass sich die Gewerkschaften wieder in soziale Bewegungen zurückverwandeln müssen (Frege et al., 2004, S. 137). Historisch haben sich die Gewerkschaften als soziale Bewegungen herausgebildet, wenn auch oft unter Einfluss bestehender ständischer Berufsverbände, und in der soziologischen Literatur erscheinen sie häufig als Paradebeispiel für „alte“ soziale Bewegungen. Demgegenüber zeichnen sich „neue“ soziale Bewegungen durch vielfältige Themenschwerpunkte jenseits des traditionellen Klassenkonflikts (Touraine, 1981; Offe, 1985; Laraña et al., 1994) und zeitgemäßere „flüchtige“ Formen und Diskurse aus (Baumann, 2003). Sie können aktuelle soziale Probleme und Debatten schnell aufnehmen und in kollektive Aktionen umsetzen. Autoren wie Turner & Kilian (1987) betonen die flexiblen Organisationsformen und breiten Bündnisse oft heterogener Akteure dieser neuen Bewegungen gegenüber den stark institutionalisierten Formen kollektiver Aktion der Gewerkschaften. So analysiert Alain Touraine (1981) soziale Bewegungen als kollektive Akteure, deren Handeln auf den Kampf um Historizität gerichtet ist, d.h. um die Neudefinition der in einer Gesellschaft dominanten Normen und Interpretationsmuster. Ähnlich argumentiert Diani (2015), der soziale Bewegungen als dynamischen Formierungsprozess verschiedener sozialer Akteure begreift, die sich gemeinsam auf einer Seite eines sozialen Konflikts vereinen. Soziale Bewegungen umfassen dabei viele Organisationen, die sich um ein soziales Ziel bündeln. Die internen Beziehungen können sowohl in solidarischer Kooperation wie in Konkurrenz bestehen (Zald & McCarthy, 1980). In aktuellen Debatten stehen das Internet und die Organisation in sozialen Netzen im Vordergrund, für Castells (2012) die zentrale und geeignete Technologie und ein demokratisches Instrument zur Selbstorganisation, Koordinierung, Mobilisierung und Entscheidungsfindung.

Eine Erneuerung in Form einer Rückbesinnung auf den Ursprung als soziale Bewegung erfordert von den Gewerkschaften eine Ausweitung des politischen Mandats über die Arbeitnehmerinteressen hinaus zu denjenigen der Arbeiterschaft als Bürgerinnen und Bürger. Neue Diskursformen, Organisationskulturen und politische Ziele müssten Gegenstand sowohl interner Debatten wie einer strategischen Öffnung zu Allianzen mit neuen sozialen Protestbewegungen werden. Vor über 20 Jahren forderte Peter Waterman (1993) bereits eine gewerkschaftliche Öffnung zu neuen postmaterialistischen Werten, wie sie von Bürgerbewegungen, Frauen-, Ökologie-, sexuellen Befreiungs-, oder basisdemokratischen Grup-

pen vertreten werden. Amanda Tattersal (2011) zufolge bedingt der Grad einer gegenseitigen Öffnung den beiderseitigen politischen Gewinn.

Gumbrell-McCormick & Hyman (2013, S. 30f) unterscheiden hinsichtlich des Potentials zur gewerkschaftlichen Revitalisierung vier traditionelle und drei komplementäre Machtressourcen². Die traditionellen Machtressourcen umfassen strukturelle Macht (Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im Produktionsprozess), gesellschaftliche Macht (personelle und materielle Ressourcen), Organisationsmacht (Mitglieder und deren Bereitschaft zu kollektivem Handeln) und institutionelle Macht (Beteiligung im politischen System, Korporatismus). Diese traditionellen Machtressourcen, welche die Gewerkschaften in den fordistischen Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts prägten, sind seit vielen Jahren einem kontinuierlichen Erosionsprozess ausgesetzt. Um diesen Machtverlust zu kompensieren und den Trend umzukehren, ist diesen Autoren zufolge die Mobilisierung zusätzlicher komplementärer Machtressourcen notwendig, die nicht unbedingt neu sind, wohl aber lange vernachlässigt wurden. Dazu gehört in erster Linie die diskursive oder moralische Macht, die Fähigkeit der Bevölkerung, die sozialpolitischen Ziele der Gewerkschaften zu vermitteln und effektive Strategien zu deren Erreichung bereitzustellen. Die Frage, wozu sind wir eigentlich da? (Hassel, 2012) stünde im Mittelpunkt interner und öffentlicher Debatten über unterschiedliche Kommunikationsmedien. Die Rückgewinnung moralischer Macht ist der Ausgangspunkt für eine Erweiterung der Mitgliederbasis und der Mobilisierungsfähigkeit unter Einbezug neuer sozialer Gruppen. Der Aufbau diskursiver Machtressourcen geht Hand in Hand mit der zweiten komplementären Machtressource, der Koalitionsmacht bzw. der strategischen Zusammenarbeit mit nahestehenden Bürgergruppen und sozialen Organisationen. Eine dritte komplementäre Machtressource ist die strategische oder logistische Macht, die Fähigkeit in Zeiten knapper Ressourcen diese intelligent einzusetzen und klare Prioritäten zu setzen (ein zentraler Punkt in der angelsächsischen Organizing-Debatte). Die Rückkehr in die Gesellschaft in Form strategischer Allianzen mit nahestehenden sozialen Bewegungen gehört zum ursprünglichen Repertoire der Gewerkschaften als „sekundäres“ Aktionsfeld (Frege, Heery, & Turner, 2004, S. 138) neben den schon von den Webbs ([1894], 1990) ausgemachten drei primären Instrumenten der gegenseitigen Versicherung, der Tarifverhandlungen und der legal-normativen Rechtsgarantien.

Die Mobilisierung dieser komplementären und lange Zeit vernachlässigten Machtressourcen ist eine zentrale Quelle für gewerkschaftliche Revitalisierungsstrategien, zumal sie sich direkt auf die Stärkung der traditionellen Machtressourcen auswirkt. Die dezidierte Suche nach Allianzen mit sozialen Bürgerbewegungen bildet den Kern einer so verstandenen Erneuerungsstrategie, und die Vielfalt der Protestbewegungen, die sich in den letzten Jahren in Spanien gegen die neoliberale Austeritätspolitik gebildet haben, erscheint dafür als strategische Gelegenheit (Tarrow, 2004). In seiner klassischen Studie sprach Allan Flanders (1970, S. 15) vom Doppelcharakter der Gewerkschaften als Vertreter von Gruppeninteressen und als soziales „Schwert der Gerechtigkeit“. Dieses Schwert könnte, so die zentrale

2 Wir ziehen den Machtressourcenansatz von Gumbrell-McCormick & Hyman, insbesondere deren Unterscheidung zwischen traditionellen und komplementären Machtressourcen, demjenigen von Dörre et al. (vgl. Brinkmann et al., 2008; Schmalz & Dörre, 2014; Huke & Tietje, 2014) vor, da er expliziter auf das Potential zu gewerkschaftlicher Erneuerung abstellt.

These der Revitalisierungsstudien, durch einen Strategiewandel neu geschärft und dadurch der schleichende Machtverlust aufgehalten werden.

Warum tun sich die Gewerkschaften so schwer, diesen Strategiewandel zu vollziehen? Auch in dieser Frage spielen interne und externe Faktoren eine Rolle. Eine lang eingeübte und stark routinisierte Organisationspraxis zu ändern, ist nur mit einer starken Führung und klarem politischem Willen möglich. Solange alle dem Niedergang zusehen und darauf warten, dass andere den ersten Schritt tun, verlängert sich allein die Lethargie. Zweitens müssen neue Vertrauensverhältnisse aufgebaut werden zu Gruppen und Bewegungen, die den großen Gewerkschaften misstrauisch und distanziert gegenüberstehen. Eine Hinwendung zu sozialen Protestbewegungen beinhaltet für die Gewerkschaften eine viel stärker konfliktorientierte Politik und dadurch ein Aufgeben einiger institutionalisierter „Insider“-Positionen (Byford, 2009). Dies ist nach langen Jahren des dominanten Vertrauens in gesicherte institutionelle Machtressourcen ein schwieriger und risikobeladener Prozess. Drittens ist die strategische Wahl der Koalitionspartner auf Seiten der neuen Protestbewegungen alles andere als einfach. Viele dieser Gruppen sind kurzlebig und schwach organisiert und für dauerhafte produktive Allianzen ungeeignet.

Strategische Allianzen mit wem?

Die verstärkte und dauerhafte Kooperation mit zivilen Bürger- und Protestgruppen birgt für die spanischen Gewerkschaften im aktuellen Kontext einer ungerechten Verteilung der Lasten der Wirtschaftskrise, einer wachsenden sozialen Ungleichheit, einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung der Arbeitsmärkte sowie einer vielschichtigen Staatskrise mit korrupten Apparaten und regionalen Unabhängigkeitsbestrebungen ein großes Potential, an neue Mitgliedsgruppen, erfolgreichere Mobilisierungs- und kollektive Aktionsformen, ein aufgewertetes Image und andere Erneuerungsressourcen zu gelangen. Gleichwohl existieren gerade im spanischen Fall auf beiden Seiten, den großen Gewerkschaftsbündeln und den sozialen Protestbewegungen, hohe Misstrauensbarrieren und in deren Gefolge Widerstände, sich ernsthaft anzunähern (Kloosterboer, 2007)³. Hinzu kommt, dass viele kleinere regionale und radikalere Gewerkschaften stark in den sozialen Protestbewegungen mitwirken und wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit den großen institutionalisierten Mehrheitsgewerkschaften haben.

Amanda Tattersall (2005; 2011) hat mit Blick auf ein effektives gewerkschaftliches Erneuerungspotential eine Typologie von Koalitionen zwischen Gewerkschaften und sozialen Protestgruppen erarbeitet und warnt vor oberflächlichen Scheinallianzen oder „Briefkopfkooalitionen“ (Tattersall, 2011, S. 75), die nichts zur Stärkung und Erneuerung der Gewerkschaften beitragen. Die vermeintliche Stärke der Koalition wird dabei mit der Anzahl der unterzeichnenden Organisationen verwechselt, ohne dass dahinter ein verbindlicher Kompromiss und effektive Zusammenarbeit stünden. Form und Partnerwahl erscheinen so als eine ent-

3 In den Interviews mit Aktivistinnen und Aktivistinnen der Protestgruppen wurde immer wieder betont, dass es den Gewerkschaften nur darum gehe, bei Demonstrationen in der ersten Reihe mit ihren Fahnen zu erscheinen, um dann doch wieder mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Regierungen Konzessionsverhandlungen einzugehen.

scheidende strategische Wahl für Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Machtressourcen.

Tabelle 1: Typologie von Koalitionen zwischen Gewerkschaften und Bürgerbewegungen

	Ad hoc Koalition	Unterstützungscoalition	Koalition gegenseitiger Unterstützung	Nachhaltige Koalition
Gemeinsames Interesse	<ul style="list-style-type: none"> • Spezifisches Thema/Event • Auf Initiative der Gewerkschaft oder Bürgergruppe 	<ul style="list-style-type: none"> • Spezifisches Thema/Event • Von Gewerkschaften relativ unabhängiges Thema 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsames Interesse der beteiligten Organisationen 	<ul style="list-style-type: none"> • Themen aus der Arbeitswelt
Struktur und Strategie	<ul style="list-style-type: none"> • Episodische Beteiligung • Taktische, nicht strategische Beteiligung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzfristige Koalition • Gemeinsame Entscheidungen • Begrenzte, informelle Beteiligung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Organisation und Entscheidungen, gegenseitige Vertrauensbildung • Mittelfristige Orientierung • Politische und organisatorische Ähnlichkeiten der beteiligten Organisationen 	<ul style="list-style-type: none"> • Dezentralisierte Beziehungen zwischen Mitgliedern der Gewerkschaften und Bürgergruppen • Langfristige Orientierung, gegenseitige Stärkung
Organisation/ Beteiligung der Gewerkschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Instrumentelle Beteiligung • Campaign 	<ul style="list-style-type: none"> • Hauptamtliche GewerkschaftsvertreterInnen ohne direkte Beteiligung der MitgliederInnen • Rent-a-crowd 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Mobilisierung und Beteiligung der MitgliederInnen, oft Doppelmitgliedschaften • Greater buy-in 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktive Basisbeteiligung, Kooperation auf allen Ebenen • Significant buy-in, incl. finanzieller Ressourcen

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Tattersall (2005)

Die Auswirkungen der neoliberalen Krisenpolitik mit empfindlichen Kürzungen im Sozial- und Gesundheitswesen und Einschnitten in den Arbeitnehmerrechten haben in den vergangenen Jahren zu mehreren Erfahrungen mit gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen geführt. So organisierten die Gewerkschaften im Jahr 2012 einen „Sozialgipfel“, ein Zusammenschluss von ca. 150 Organisationen und Bürgergruppen, dessen politische Wirkung allerdings nicht die Erwartungen erfüllte und dessen Aufrufe kaum Widerhall fanden. Nachdem es nicht gelungen war, die gewerkschaftsfeindliche Arbeitsmarktreform (2012) zu verhindern, fiel dieses Organisationsbündnis wieder auseinander. Im Sinne Tattersalls kam der Sozialgipfel nicht über den Charakter einer „Unterstützungscoalition“ hinaus.

Sehr viel erfolgreicher waren die „Bürgerfluten“ (mareas ciudadanas) in den von Kürzungen und Privatisierungen bedrohten öffentlichen Dienstleistungssektoren (Gesundheit, Erziehung, Verwaltung) (Huke & Tietje, 2014b; Huke, 2017). In diesen „Koalitionen gegenseitiger Unterstützung“ schlossen sich die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten mit sozialen Organisationen und Nutzergruppen zu gemeinsamen Aktionen zusammen, um so bspw. die Privatisierung von Krankenhäusern zu verhindern. Die Organisationsform war sehr inklusiv, flexibel und horizontal unter breiter Basisbeteiligung. Auch wenn die The-

men eher defensiv waren und einige Autoren und Autorinnen eine korporativistische Tendenz ausmachten (Gil, 2016), können die Bürgerfluten als erfolgreiche Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen mit zivilen Organisationen angesehen werden. Für die Gewerkschaften beinhalten sie ein klares Erneuerungspotential, indem sie auch traditionelle Machtressourcen, wie z.B. die Positionen in Tarifverhandlungen und in der Öffentlichkeit, insgesamt stärken. In mancher Hinsicht erfüllen sie sogar das Kriterium einer „nachhaltigen Koalition“, insofern es ihnen gelungen ist, Erfahrungen kollektiver Protestformen gegen öffentliche Sparpolitik zu bündeln und als Aktionsrepertoire zu speichern. Problembeladen sind allerdings häufig die Beziehungen zwischen den in diesen Sektoren starken berufsständischen Organisationen (Ärzte-, Pflegepersonal-, Lehrer-, Richter-, Beamtenverbände) und den großen „Klassengewerkschaften“. Die Beschränkung auf Defensivforderungen im öffentlichen Dienst bildet eine weitere Barriere hinsichtlich eines breiten gewerkschaftlichen Erneuerungspotentials. Weder kommt es zu proaktiven Initiativen für Strukturreformen im öffentlichen Dienst, noch bilden sich ähnlich inklusive Koalitionen in der privaten Wirtschaft. Zurzeit befinden sich die „Bürgerfluten“ in einer Latenzphase, bereit erneut aktiv zu werden, falls sich die Angriffe auf die öffentlichen Dienste wiederholen.

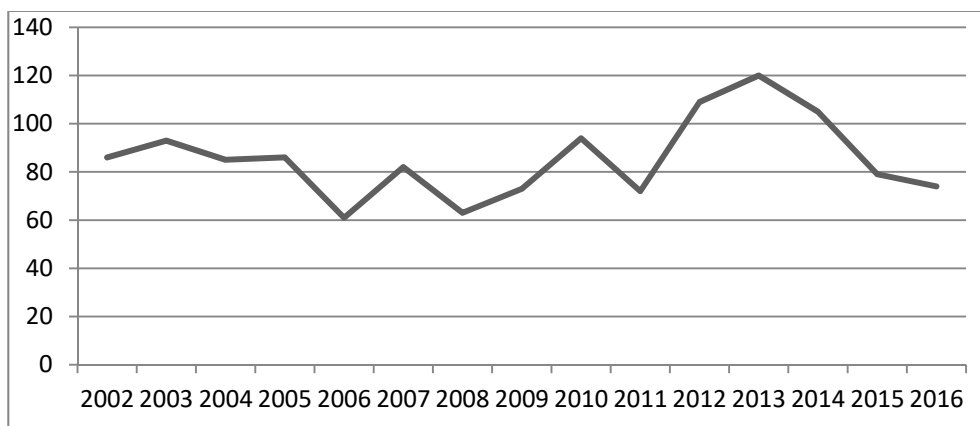
Eine weitere Erfahrung gemeinsamer Mobilisierung gegen das neoliberale Krisenmanagement sind die seit mehreren Jahren in vielen Städten durchgeführten „Märsche für Menschenwürde“ (marchas de la dignidad) unter Beteiligung vieler Protestgruppen, die sich im Gefolge der „Empört-Euch“-Bewegung 2011 (Indignados), auch Bewegung 15. Mai genannt, gebildet hatten. Hier zeigten sich deutlich die Probleme und erwähnten Misstrauensbarrieren gegenüber einer Annäherung zwischen den neuen Protestbewegungen und den großen Gewerkschaften. Die Märsche werden sehr stark von radikaleren kleinen Gewerkschaften und linken Gruppen unterstützt, die den beiden Mehrheitsgewerkschaften CCOO und UGT sehr kritisch gegenüberstehen. Insgesamt war die Bewegung 15. Mai, die monatelang die zentralen Plätze der spanischen Städte in Form eines basisdemokratischen Protests gegen die korrupte politische Klasse und die sozial ungerechte Politik besetzt hielt, explizit auch gegen die großen Gewerkschaften gerichtet. Der Slogan „Sie repräsentieren uns nicht“ und die Forderung nach einer von Grund auf erneuerten Demokratie schließt die institutionell eingebundenen Gewerkschaften als mitverantwortlich für die Krise des demokratischen Systems ein (Huke, 2017). Die Märsche sind somit eine „nachhaltige Koalition“ vieler kleiner radikaler, lokaler oder regionaler Gewerkschaftsgruppen außerhalb der beiden großen Mehrheitsgewerkschaften mit den heterogenen Protestgruppen, an denen sich Mitgliedsgruppen der Mehrheitsgewerkschaften allenfalls sporadisch beteiligen. Während die kleinen radikalen Gewerkschaften von der aktiven Mitarbeit in den Protestbewegungen profitieren und gleichzeitig ihre Erfahrungen mit Mobilisierungen und Protestaktionen einbringen, vertieft sich der Graben zwischen diesen Bewegungen und den Mehrheitsgewerkschaften.

Neben diesen nationalen Erfahrungen mit gewerkschaftlich-zivilgesellschaftlichen Koalitionen existieren zahlreiche lokale Plattformen, in denen sich Belegschaften mit lokalen Bürgergruppen zusammenschließen. Dabei geht es entweder um lokale politische Konflikte oder um Arbeitskonflikte, bei denen die Arbeitsplätze bestimmter Werke oder Filialen bedroht sind⁴. In diesen Fällen mobilisieren die Belegschaften, oft in klarer Diskrepanz zu den

4 Beispiele sind die Plattformen „Arbeiterversammlung im Kampf“ (<https://www.facebook.com/asambleadetrabajadoresenlucha/>) oder „Coca Cola im Kampf“

auf institutionelle Verhandlungen konzentrierten Gewerkschaften, die lokale Bevölkerung und Bürgergruppen, um darüber einen verstärkten Druck auf Unternehmen und Regierungen auszuüben. Dies sind klare Beispiele dafür, wie zivilgesellschaftliche Koalitionen die geschrumpfte Machtbasis der Gewerkschaften ausweiten und erneuern können, ein Beispiel für „nachhaltige Koalitionen“ auf lokaler Ebene. Die Strategien dieser Belegschaften erinnern in vielem an das angelsächsische Organizing, obwohl die Initiative hier stärker auf autonome, nicht gewerkschaftlich dominierte Machtressourcen zielt. Wie Abbildung 2 zeigt, ist in den Arbeitskonflikten der Krisenjahre auch die Zahl unbefristeter Erzwingungs- oder Kampfstrieks⁵ gestiegen, die häufig auf die Solidarität der lokalen Bevölkerung angewiesen sind, da die meisten spanischen Gewerkschaften nicht über Streikkassen verfügen.

Abbildung 2: Anzahl der Streiks mit einer Dauer von mehr als 30 Tagen



Quelle: Eig. Darstellung gemäß der offiziellen Streikstatistik des Ministeriums für Beschäftigung und Soziales

Ein illustratives Beispiel ist der Streik der Auftragsfirmen der Telefongesellschaft Movistar gegen die prekären Arbeitsverhältnisse 2016, der von der Kooperativbank Coop57 durch einen zinslosen Kredit finanziell unterstützt wurde. Die Belegschaften organisierten gemeinsam mit sozialen Bürgergruppen ein Benefiz-Sportfest, über dessen Einnahmen der Kredit zurückgezahlt wurde (Oñederra, 2016). Der darüber hinaus eingefahrene Überschuss von mehreren Tausend Euro dient als Fonds zur Unterstützung anderer Arbeitskämpfe.

Derartige lokale Koalitionen zwischen Belegschaften und Bürgergruppen unter selektiver Beteiligung lokaler Gewerkschaftsgruppen sind in den Krisenjahren durchaus häufig aufgetreten und haben die Arbeitswelt als gesellschaftliches Konfliktfeld wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gehoben. Sie sind über die sozialen Netzwerke auch untereinander

(<https://www.facebook.com/groups/837762996256846/?fref=ts>). Vgl. auch Köhler & González Begega (2016).

5 Erzwingungs- oder Kampfstrieks sind im Unterschied zu den üblichen Demonstrationstrieks auf die Erreichung eines bestimmten, klar benannten Ziels gerichtet (bspw. den Erhalt eines Standortes) und daher oft nicht verhandelbar. Sie enden kaum mit einem Kompromiss, sondern mit Sieg oder Niederlage der im Streik mobilisierten Belegschaften und sozialen Gruppen (Gallas & Nowak, 2012).

verbunden, einen nachhaltigen Einfluss auf eine gewerkschaftliche Erneuerung ist bislang jedoch nicht sichtbar. Die 2018 wieder aufgelebten „Märsche gegen die Prekarität“ (*Marchas contra la precariedad*), eine Plattform vieler Beschäftigtenkollektive, die regelmäßig Protestaktionen in vielen Städten gegen die prekären Arbeitsverhältnisse organisieren, finden ebenfalls ohne Beteiligung der großen Gewerkschaften und in klarer Distanz zu diesen statt.

Unsere begleitende Analyse der Beziehungen und Spannungen zwischen sozialen Protestbewegungen und Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Krise und dem Auftreten der *Indignados*-Bewegung zeigt ein sehr uneinheitliches und vielschichtiges Bild. Das sehr heterogene und komplexe Panorama sozialer Bewegungen in Spanien erfordert von den Gewerkschaften strategische Wahlenentscheidungen auf der Suche nach Koalitionspartnern, mit denen sie wesentliche politisch-ideologische Ziele teilen. Die neuen sozialen Protestbewegungen im Gefolge der 15. Mai-Bewegung haben viele Menschen wachgerüttelt und ein breites, oft diffuses Amalgam von politischen Forderungen hervorgebracht, die sich aber um eine gemeinsame Grundüberzeugung gruppieren: Die Politik darf sich nicht der wirtschaftlichen Macht unterordnen. Diese Grundüberzeugung ist eine hervorragende Ausgangsbasis für Koalitionen mit den Gewerkschaften. Nichtsdestotrotz werden die großen Gewerkschaften in vielen Teilen der Bevölkerung als den Wirtschaftsinteressen ergebene Organisationen und Teil des politischen Systems wahrgenommen. Eine Annäherung an die inzwischen sehr verstreuten neuen Protestbewegungen könnte für sie wichtige neue Mitgliederpotentiale in der jungen, von der Prekarisierung der Arbeitsmärkte besonders betroffenen, Bevölkerung erschließen und den notwendigen Input für eine personelle und organisatorische Erneuerung liefern. Gruppen wie „Jugend ohne Zukunft“ (*Juventud sin Futuro*) und das „Büro für Prekäre“ (*Oficina Precaria*) gehörten zu den Initiativgruppen der 15. Mai-Bewegung und thematisierten arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitische Themen, ohne jemals in einen ernsthaften Kontakt zu den Arbeitnehmerorganisationen getreten zu sein. Viele ihrer Aktivistinnen und Aktivisten kritisierten das Desinteresse der Gewerkschaften an den spezifischen Jugendproblemen in Betrieb und Arbeitsmarkt und sind heute in *Podemos* oder anderen neuen politischen Gruppen aktiv.

Unter den aktiven neuen sozialen Protestgruppen bieten sich unserer Analyse zufolge zumindest vier Strömungen als potentielle Koalitionspartner für Gewerkschaften an. Im Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Plattformen gegen Wohnungszwangsräumungen aufgrund nicht bezahlter Hypotheken (*Plataformas de Afectados por la Hipoteca*) große Unterstützung erfahren. Die derzeitige Bürgermeisterin von Barcelona und Vorsitzende der katalonischen *Podemos* Partei Ada Colau gehört zu den Gründerinnen dieser Bewegung. In den Jahren des spekulativen Immobilienbooms (1993-2007) haben die Banken mit großzügigen Angeboten viele Menschen zum Wohnungskauf animiert und sind nun häufig zu Eigentümern dieser Wohnungen geworden, da die Familien die Hypotheken nicht mehr bedienen können. Der Schutz vor Zwangsräumungen und das Recht auf menschenwürdiges Wohnen ist dadurch zu einem wichtigen sozialpolitischen Thema geworden. Die starke Präsenz der Gewerkschaften in Banken und öffentlichen Verwaltungen könnte hier als Potential für eine „Koalition gegenseitiger Unterstützung“ mit diesen Plattformen genutzt werden, um so neue moralische Machtressourcen zu erschließen.

Auch die Frauenbewegung ist in den Jahren wachsender sozialer Proteste wieder stärker in den Vordergrund getreten und spricht dabei viele Themen der Arbeitswelt an, wie z.B. den Kampf gegen Lohndiskriminierung, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und effektivere Gleichstellungsmaßnahmen (Briskin, 2011; Calleja Jiménez, 2016). Angesichts der sowohl personellen als auch inhaltlich deutlich angewachsenen Präsenz der Frauen in den Gewerkschaften liegt hier derzeit das größte Potential für „nachhaltige Koalitionen“. So haben bspw. die Gewerkschaften gemeinsam mit den Frauenrechtsgruppen für den Internationalen Frauentag am 8. März 2018 zu einem zweistündigen Generalstreik und vielen Protestaktionen im ganzen Land gegen Ungleichheit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Gewalt gegen Frauen aufgerufen. Die wachsende Empörung über sexuellen Missbrauch von Frauen und Mädchen und die geschlechtsspezifischen Gewaltakte hat auch die Gewerkschaften erfasst und sensibilisiert. Dieser 8. März wurde zu einem historischen Mobilisierungserfolg; in über 200 Städten gingen insgesamt mehrere Millionen Menschen für effektive Geschlechtergleichheit auf die Straße. Allein in Madrid und Barcelona waren es jeweils mehr als 200.000.

Eine weitere sozialpolitische Bewegung mit wachsender Unterstützung ist die Forderung nach einem allgemeinen Grundeinkommen. Eine vom gespaltenen und prekären Arbeitsmarkt unabhängige Existenzsicherung hat in Spanien eine große Attraktivität trotz der vielfältigen Probleme einer angemessenen Ausgestaltung und Finanzierung. Einige Gemeinden experimentieren mit diesem Grundsicherungsrecht, und linke Intellektuelle diskutieren und arbeiten in verschiedenen Plattformen zu dem Thema. Eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Debatten und die Aufnahme in den gewerkschaftspolitischen Forderungskatalog wäre für beide Seiten eine zusätzliche Machtressource. Für die „Bürgerbewegung für ein garantiertes Grundeinkommen“ bedeutet eine gewerkschaftliche Unterstützung zusätzliche Legitimität gegenüber häufig anzutreffender Kritik, dass ein Grundeinkommen die Zentralität sicherer Beschäftigung und öffentlicher Sozialleistungen aushöhlen würde (Raventos, 2016). Für die Gewerkschaften bietet sich die Möglichkeit der Annäherung an die vielen jugendlichen Aktivist*innen und ein Mitgliedspotential, welches sich derzeit überwiegend an der Protestpartei Podemos orientiert. Die Gesetzesinitiative für eine allgemeine Sozialhilfe für alle Bürger und Bürgerinnen ohne Einkommen, die im Februar 2017 von CCOO und UGT ins Parlament eingebracht wurde, könnte ein erster Schritt zumindest im Sinne einer „Unterstützungscoalition“ sein.

Das Migrations- und Flüchtlingsproblem ist in den letzten Jahren zu einem sozialpolitischen Dauerthema geworden und viele Solidaritätsgruppen engagieren sich in der Aufnahme und Hilfe der aus den Krisengebieten eintreffenden Menschen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und Flüchtlingshilfegruppen im Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit liegt daher für Gewerkschaften nahe. Dazu gehört auch der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit in den eigenen Reihen, denn das Argument der Verteidigung der eigenen Arbeitsplätze und des angeblichen Lohndumpings der ausländischen Arbeitskräfte findet auch bei Gewerkschaftsmitgliedern Widerhall. Die jährlichen Berichte der spanischen Sektion von „SOS Rassismus“ dokumentieren zahlreiche Fälle von Ausbeutung und Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte in überwiegend prekären Arbeitsverhältnissen. Die in den letzten zwei Jahrzehnten stark angewachsene Einwanderungsbevölkerung konnte bislang von den Gewerkschaften nicht organisiert werden. Koalitionen mit

Hilfsorganisationen für Flüchtlinge und Asylsuchende sind bislang nur selten und allenfalls auf lokaler Ebene anzutreffen.

Zu guter Letzt steht eine weitere Internationalisierung und Kooperation mit transnationalen Bewegungen für eine sozial gerechtere und ökologisch nachhaltigere Globalisierung auf der gewerkschaftlichen Revitalisierungsagenda (Antenas, 2008). Dies ermöglicht nicht nur den Zugang zu komplementären moralischen Machtressourcen, sondern auch zu neuen effizienten Formen kollektiver Aktion, wie z.B. der Boykott bestimmter Marken oder Kampagnen gegen menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse entlang der immer länger werdenden transnationalen Wertschöpfungsketten. Gerade die europäischen Gewerkschaften sind hier zu einer Führungsrolle aufgerufen im Kampf gegen Renationalisierungstendenzen, die in den Krisenjahren in vielen Ländern und Sektoren aufkamen (Beneyto & Rocha, 2016). Die spanischen Gewerkschaften vertreten eine klare pro-europäische Position und arbeiten aktiv in den europäischen Gewerkschaftsbünden mit. So haben sie bspw. am 14. November 2012, dem europäischen Protesttag des Europäischen Gewerkschaftsbundes, in Spanien zu einem Generalstreik aufgerufen, sind dabei allerdings vor allem von den mittel- und nordeuropäischen Kolleginnen und Kollegen alleine gelassen worden.

Seit den Wahlen 2015 und der zugespitzten Krise um die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens haben sich zumindest vorübergehend die Kontextbedingungen für eine weitergehende Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verschlechtert. Mit dem Einzug der neuen Parteien Podemos und Ciudadanos (Bürgerpartei mit liberal-technokratischer Orientierung) ist das lange dominante Zwei-Parteien-System einem sehr viel fragmentierteren Mehrparteiensystem ohne klare Mehrheiten gewichen. In Katalonien versuchte eine knappe Parlamentsmehrheit einen verfassungswidrigen einseitigen Abspaltungsprozess vom spanischen Staat voranzutreiben, ein institutioneller Dauerkonflikt, der das gesamte politische Leben in Spanien dominiert und lähmt. Die katalonische Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich in den letzten Jahren zur stärksten sozialen Bewegung der jüngeren Geschichte, mobilisiert Hunderttausende von Menschen in vielen Massenprotesten und hat die katalonische Gesellschaft polarisiert und tief gespalten. Diese Spaltung durchzieht auch die linken Parteien PSOE und Podemos sowie die Gewerkschaften, deren katalonische Landesverbände zu Beginn die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum („Das Recht der Katalanen zu entscheiden“) unterstützten, angesichts der verfassungswidrigen einseitigen Unabhängigkeitserklärung diese Unterstützung aber einstellten.

Um die sozialen Bewegungen ist es seither in ganz Spanien nicht nur aufgrund der Dominanz dieses Konflikts in der politischen Öffentlichkeit, sondern auch durch die Tatsache, dass viele Aktivisten und Aktivistinnen nun für Podemos in den Parlamenten und Institutionen arbeiten, sehr ruhig geworden. Der Druck auf die Gewerkschaften zur Erneuerung durch Koalitionen mit sozialen Protestgruppen, der von ihnen in den Jahren 2011-2015 ausging, ist dadurch stark abgeflaut. Auf der anderen Seite suchen die geschwächten Minderheitsregierungen auf allen Ebenen wieder stärker die Gewerkschaften als Verhandlungspartner und zur Unterstützung für politische Vorhaben mit wechselnden, unsicheren Mehrheiten. Dadurch eröffnet sich den Gewerkschaften die Möglichkeit einer Wiedergewinnung verlorener institutioneller Machtressourcen.

Mit dem Einzug der gewerkschaftskritischen Protestpartei Podemos in die Parlamente und dem gleichzeitigen Einbruch der sozialistischen PSOE ist auch das Verhältnis der Ge-

werkschaften zu den politischen Parteien komplizierter geworden. Insbesondere in den Reihen der CCOO häufen sich Gruppen, die sich für eine Kooperation mit Podemos und damit eine weitere Distanzierung zur sozialistischen Partei aussprechen. Inmitten der politischen Dauerkrise und Fragmentierung und des schwächer gewordenen Erneuerungsdrucks seitens der sozialen Protestbewegungen spricht trotzdem vieles für eine fortschreitende Revitalisierung der Gewerkschaften durch internen Wandel. Der sich zur Zeit vollziehende Generationswechsel in den Gewerkschaftsvorständen, wie er durch den neuen CCOO-Generalsekretär Unai Sordo repräsentiert wird, könnte sich dabei positiv auf ein offeneres und jüngeres Profil der Arbeitnehmerorganisationen auswirken. Der Rückzug der Führungspersonen, die seit der Demokratisierung die spanischen Gewerkschaften geprägt und vertreten haben, ist auf der einen Seite ein Verlust an Erfahrung und gelebtem Kompromiss, birgt jedoch auf der anderen Seite Chancen für eine forcierte Verjüngung und Erneuerung.

Ausblick

Walther Müller-Jentsch (1994, S. 643) nannte die Arbeitskraft „die Brücke zwischen Produktionssystem und Zivilgesellschaft“ und die Gewerkschaften daher die zentrale vermittelnde Instanz zur Verknüpfung von politischen und wirtschaftlichen Bürgerinteressen. Diese intermediäre Rolle gilt es in Spanien zurückzuerobern in einer Zeit, in der soziale und politische Bürgerrechte hart umkämpft sind, während die industriellen Bürgerrechte unter heftigen Beschuss geraten sind. Das vergangene Jahrzehnt einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Rezession brachte für die spanischen Gewerkschaften einen Rückgang der Mitgliederzahlen, des politischen Einflusses und des gesellschaftlichen Rückhalts, während gleichzeitig neue Protestbewegungen zum Sprachrohr der sozialen Unruhen und politischen Forderungen wurden. Diese neuen Protestgruppen und Organisationsformen sind auf der einen Seite sehr instabil und heterogen, beweisen aber auf der anderen Seite die Fähigkeit, den aktuellen politischen Unmut gegenüber der sozial verwerflichen Krisenpolitik und der korrupten politischen Klasse zu kanalisieren; eine Fähigkeit, die den traditionellen linken Parteien und Gewerkschaften weitgehend abhanden gekommen ist. Für die Gewerkschaften bedeuten diese Bewegungen daher gleichzeitig eine Bedrohung in ihrer Monopolstellung als „manager of discontent“ (Wright Mills, 1948, S. 9), gleichzeitig aber auch eine Revitalisierungschance bei der Suche nach einer strategischen Erneuerung. Koalitionen und Kooperationen mit den neuen sozialen Bewegungen bergen zahlreiche Potentiale zur Erschließung neuer (alter) gewerkschaftlicher Machtressourcen auf dem Weg zurück in die Gesellschaft. Die starke katalonische Unabhängigkeitsbewegung, die das politische Leben in Spanien seit 2015 weitgehend paralyisierte, zeigt allerdings die zunehmende Fragmentierung und Spaltung der spanischen Gesellschaft; eine Fragmentierung, die sowohl durch die Gewerkschaften als auch durch die sozialen Bewegungen geht und nachhaltige Koalitionen und Erneuerungsstrategien zusätzlich erschwert.

Für lange Zeit institutionell eingebundene und abgesicherte Organisationen bedeutet eine strategische Wende zu einer sozialen Bewegungsgewerkschaft zahlreiche Risiken und organisationsinterne Barrieren. Nur starke Impulse von der Basis bei gleichzeitigem Wandel in den Gewerkschaftsführungen versprechen Revitalisierungserfolge in Zeiten widriger

wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen (Voss, 2010). Bislang haben die großen spanischen Gewerkschaften eher defensiv auf die neuen Herausforderungen und Machtverluste reagiert, ihre Diskurse weitgehend beibehalten und lediglich Fusionen der Industrieverbände zu wenigen großen Einzelgewerkschaften vorangetrieben. Die traditionelle institutionelle Machtbasis bleibt dabei formell erhalten, insofern weiter Tarifverhandlungen und bilaterale Vereinbarungen durchgeführt werden⁶. Diese Institutionen verlieren jedoch aus gewerkschaftlicher Sicht ihre Gestaltungskraft und drohen, zu hohlen „Zombie-Institutionen“ zu verkommen. Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände legitimieren sich dabei über Vereinbarungen zu wenig konflikträchtigen Themen (Aus- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gesundheitsschutz) und verbreiten gemeinsame politische Erklärungen (öffentliche Investitionen, Wirtschaftsförderung, sozialer Dialog), während sich viele Unternehmen die neuen Arbeitsgesetze zunutze machen, um einseitig aus den Branchentarifverträgen auszusteigen. Charakter und Ziele der neuen bzw. erstarkten sozialen Protestbewegungen gegen die sozialen Verwerfungen des neoliberalen Krisenmanagements und die korrupte politische Klasse bieten unserer Analyse zufolge vielfältige Anknüpfungspunkte für nachhaltige Koalitionen mit den Gewerkschaften bei Machtgewinn auf beiden Seiten. Insbesondere der Zugang zu neuen jüngeren, weiblicheren und multikulturelleren Mitgliedsgruppen birgt für die spanischen Gewerkschaften ein hoch attraktives Aktionsfeld. Neben neuen komplementären Machtressourcen würden dabei auch traditionelle Positionen in Tarifverhandlungen und politischen Konzertierungskartellen gestärkt. Bislang allerdings agieren die spanischen Arbeitnehmerorganisationen noch überwiegend zögerlich im Warten auf bessere Verteilungsbedingungen in einer unterstellten wirtschaftlichen Erholung. „Die spanischen Gewerkschaften bieten das Bild eines Kapitäns, der sich weigert, das sinkende Schiff mit dem Namen „Konzertierung“ zu verlassen“ (Gago, 2013, S. 1100).

Literatur

- Antenas, J. (2008). Los sindicatos ante la globalización. ¿Hacia qué nuevas formas de solidaridad internacional? Cuadernos de Relaciones Laborales, 26 (1), 35–55.
- Antón, A. (2007). Jóvenes trabajadores y sindicalismo en España. Análisis de un desencuentro (Doktorarbeit). Madrid: Universidad Complutense de Madrid.
- Avdagic, S., Rhodes, M. & Visser, J. (2005). The emergence and evolution of social pacts: A provisional framework for comparative analysis. N-05-01. Brussels: Eurogov.
- Bauman, Z. (2003). Flüchtige Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beneyto, P. & Rocha, F. (2013). Acción sindical y relaciones laborales transnacionales. Congreso de la Federación Española de Sociología. Madrid, 10-12 julio.
- Bernaciak, M., Gumbrell-McCormick, R. & Hyman, R. (2014). European trade unionism: from crisis to renewal? Brussels: European Trade Union Institute.
- Brinkmann, U., Choi, H.-L., Detje, R., Dörre, K., Holst, H., Karakayali, S. & Schmalstieg, C. (2008). Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung der Gewerkschaften?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

6 Immerhin gelang es den Gewerkschaften durch einen erneuerten Rahmentarifvertrag 2015 (III Acuerdo para el Empleo y la Negociación Colectiva AENC) mit dem Arbeitgeberverband, den Trend zu abnehmender Tarifdeckung zu stoppen und die Tarifverhandlungen wiederzubeleben (CES, 2016; 2017).

- Briskin, L. (2011). Union Renewal, Postheroic Leadership, and Women's Organizing. *Crossing Discourses, Reframing Debates. Labor Studies Journal*, 36 (4), 508–537.
doi: 10.1177/0160449X11422608
- Byford, I. (2009). *A Comparative Study of Trade Union Renewal Strategies: Partnership, Organising and Social Unionism* (Doktorarbeit). Bristol: University of the West of England.
- Calleja, J.P. (2016). *Estrategias de revitalización de los sindicatos españoles*. (Doktorarbeit). Valencia: Universidad de Valencia.
- Castells, M. (2012). *Redes de indignación y esperanza*. Madrid: Alianza.
- CES (Consejo Económico y Social) (2016). *Memoria sobre la Situación Socioeconómica y Laboral*. Madrid: CES.
- CES (Consejo Económico y Social) (2017). *Revista Cauces 36* (Cuadernos del Consejo Económico y Social).
- CIS (2015). *Barómetro de abril de 2015 del Centro de Investigaciones Sociológicas. Estudio nº 3082*. Madrid: CIS.
- Diani, M. (2015). Revisando el concepto de movimiento social. *Encrucijadas. Revista crítica de ciencias sociales*, 9, 1–16.
- Flanders, A. (1970). *Management and Unions*. London: Faber & Faber.
- Frege, C., Heery, E. & Turner, L. (2004). Union Strategies in Comparative Context. In C. Frege & J. Kelly (Hrsg.), *Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy*. Oxford: Oxford University Press. doi: 10.1093/acprof:oso/9780199270149.001.0001, doi: 10.1093/acprof:oso/9780199270149.003.0003
- Gago, A. (2013). Los sindicatos mayoritarios CCOO y UGT ante la crisis económica: ¿Declive o revitalización? *Anuario del Conflicto Social* 2012, 1075–1104.
- Gallas, A. & Nowak, J. (2012). Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien. In: A. Gallas, J. Nowak & F. Wilde (Hrsg.). *Politische Streiks im Europa der Krise*. Hamburg: VSA.
- Gil, M.A. (2016). *Mareas, movimientos sociales y sindicalismo*. Madrid: Fundación 1º de mayo CCOO.
- Gumbrell-McCormick, R. & Hyman, R. (2013). *Trade Unions in Western Europe. Hard Times, Hard Choices*. Oxford: Oxford University Press. doi: 10.1093/acprof:oso/9780199644414.001.0001
- Hälker, J. & Vellay, C. (Hrsg.) (2007). *Union renewal-Gewerkschaften in Veränderung*. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.
- Hassel, A. (2012). *What are unions for? The changing role of trade unions in modern economies*. Madrid: Fundación Alternativas, Doc. 2012/06.
- Huke, N. & Tietje, O. (2014a). Zwischen Kooperation und Konfrontation. *Machtressourcen und Strategien der spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in der Eurokrise. Industrielle Beziehungen*, 21 (4), 371–389.
- Huke, N. & Tietje, O. (2014b). *Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011. PROKLA*, 44 (4), 531–548.
- Huke, N. (2017). „Sie repräsentieren uns nicht“. *Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kloosterboer, D. (2007). *Innovative Trade Union Strategies*. Amsterdam: Stichting FNV Pers.
- Köhler, H.-D. & González Begega, S. (2016). *Tenneco-Gijón. A case of local worker resistance against a global player*. In V. Pulignano, H.-D. Köhler & P. Stewart (Hrsg.). *Employee and employer relations in an era of change. Challenges and responses from a multi-level perspective in Europe* (S. 17–36). Brussels: ETUI.

- Köhler, H.-D. (1993). *Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang, Regionalismus, ökonomische Modernisierung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Köhler, H.-D. & Calleja, J.P. (2017). Spain: A peripheral economy and a vulnerable trade union movement. In Lehdorff, S., Dribbusch, H. & Schulten, T. (Hrsg.). *Rough Waters: European trade unions in a time of crises*. Brussels: ETUI.
- Laraña, E., Johnston, H. & Gusfield, J. R. (1994). *New Social Movements*. Philadelphia: Temple University Press.
- Lehdorff, S., Dribbusch, H. & Schulten, T. (Hrsg.) (2017). *Rough waters. European trade unions in a time of crisis*. Brussels: ETUI.
- López Calle, P. (2007). *La desmovilización general: jóvenes, sindicatos y reorganización productiva*. Madrid: Catarata.
- Martín Valverde, A. (1991). *European Employment & Industrial Relations Glossary: Spain*. London/Luxembourg: Eurofound. doi: 10.1111/j.1468-2338.1991.tb00637.x
- Müller-Jentsch, W. (1994). Über Produktivkräfte und Bürgerrechte. In N. Beckenbach & W. van Treeck (Hrsg.), *Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Soziale Welt SB 9*, 643–661.
- Offe, C. & Wiesenthal, H. (1980). Two logics of collective action: Theoretical notes on social class and organizational form. In: *Political Power and Social Theory*, 1, 67–115.
- Offe, C. (1985). *New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics*. *Social Research*, 52 (4), 317–868.
- Oñederra, U. (2016). *Coop57: una herramienta complementaria a la lucha sindical. II Encuentro de profesionales del asesoramiento laboral y social UPV/EHU: “Negociación colectiva y control sindical. Aspectos laborales y económicos”*. Leioa, 29-30 septiembre 2016.
- Raventos, D. (2016). *Los sindicatos y la renta básica*. Sin Permiso, 18.12.2016.
- Rigby, M. & García Calavia, M.A. (2017). Institutional resources as a source of trade union power in Southern Europe. *European Journal of Industrial Relations*. doi: 10.1177/0959680117708369
- Rojo Torrecilla, E. (1990). Las tareas pendientes. *Política y Sociedad*, 5, 31–44.
- Schmalz, S. & Dörre, K. (2014). Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. *Industrielle Beziehungen*, 21 (3), 217–237.
- Streeck, W. (2009). *Re-forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Tarrow, S. (2004). *El poder en movimiento. Los movimientos sociales, la acción colectiva y la política*. Madrid: Alianza.
- Tattersall, A. (2005). There is Power in Coalition: A framework for assessing how and when union-community coalitions are effective and enhance union power. *Labour and Industry*, 16 (2), 97–112. doi: 10.1080/10301763.2005.10669325
- Tattersall, A. (2011). The Power of Union-Community Coalitions. *Renewal*, 19 (1), 75–82.
- Touraine, A. (1981). *The voice and the eye. An analysis of social movements*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Turner, L. (2005). From transformation to revitalization: A new research agenda for a contested global economy. *Journal of Industrial Relations*, 32 (4), 383–399. doi: 10.1177/0730888405279071
- Urban, H.-J. (2012). Crisis corporatism and Trade Union Revitalisation in Europe. In S. Lehdorff (Hrsg.), *A triumph of failed ideas: European models of capitalism in the crisis* (S. 219–241). Brussels: ETUI.
- Waterman, P. (1993). Social-Movement Unionism: A new Union Model for a New World Order. *Fernand Braudel Center Review*, 16 (3), 245–278.
- Webb, S. & Webb, B. ([1894] 1990). *Historia del Sindicalismo 1666-1920*. Madrid: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social.

- Wright Mills, C. (1948). *The new men of power: America's labor leaders*. New York: Harcourt Brace.
- Zald, M. N., & McCarthy, J.D. (1980). Social Movement Industries: Competition and Cooperation among Movement Organizations. In: L. Kriesberg (Hrsg.), *Research in Social Movements, Conflict and Change* (S. 1–20). Greenwich: JAI Press.